

# Amer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

1. Teilungen nehmen die Redaktionen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Preisverzeichn.: Die Monatsblätter, halbjährlich für Regelabnehmer aus dem Erzgebirge 20 Pfennige, auswärts 25 Pfennige, 6 Monate 100 Pfennige, 12 Monate 180 Pfennige, 18 Monate 250 Pfennige, 24 Monate 320 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1948

Nr. 206

Mittwoch, den 4. September 1929

24. Jahrgang

### Die Bombe im Reichstag

#### Die ersten Ermittlungen zum Bombenattentat im Reichstag

In einer Konferenz, die gestern im Preussischen Ministerium des Innern stattfand, wurde das Bombenattentat im Reichstag gründlich besprochen. Die Behörde ist zu der Ansicht gelangt, daß die Täter mit dem Anschlag die Absicht verfolgten, eine politische Demonstration zu veranstalten, nicht jedoch, dem Parlament Gebäude einen ernstlichen Schaden zuzufügen. Die Bombe war nämlich so konstruiert, daß ihre Wirkung in erster Linie in die Höhe gehen mußte, wie dies tatsächlich geschah, so daß der Druck der Gase nur einige Fenster Scheiben zertrümmerte. Nach dem Gang der Untersuchung wird angenommen, daß mehrere Personen bei dem Attentat mitwirkten, daß eine von ihnen in der Nacht zum Sonntag zwischen 1 Uhr und 3 Uhr in den Reichstag klag, um den Platz zur Tat zu erkunden, während auf der gegenüberliegenden Straßenseite die Helfer mit der Höllemaschine warteten.

Am Laufe des vorgestrigen Tages wurden die in der Umgebung des Tatortes gefundenen Sprengstoffe der Höllemaschine in der Chemisch-Technischen Reichsanstalt genau untersucht. Die Einzelergnisse dieser Untersuchung werden bis auf weiteres geheimgehalten, immerhin ergibt sich aus ihnen, daß das Attentat in Berlin ein Missetat in der Reihe der früheren Anschläge in Hannover und Schleswig-Holstein zu sein scheint. Aus dem Attentat soll jetzt die Lehre gezogen werden, daß die Bewachung des Reichstagsgebäudes noch verstärkt werden muß, ebenso der Polizeidienst vor dem Gebäude. Auch das Landtagsgebäude soll stärker geschützt werden als bisher, da mit der Möglichkeit gerechnet wird, daß dieselben Personen, die die Bombe vor den Reichstag legten, auch im Landtagsgebäude und an sonstigen Stellen derartige Anschläge versuchen könnten.

#### Immer die gleichen Bomben-Attentäter

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Hamburg: Es besteht bei den jüngsten Stellen, denen die Ermittlung der letzten Sprengstoffanschläge in Lüneburg und Schleswig obliegt, kaum ein Zweifel, daß es sich bei dem Anschlag auf das Reichstagsgebäude um die gleichen Täter handelt. Es ist festgestellt, daß die Täter an der Wasserfront über schnell fahrende Automobile verfügen und so in der Lage sind, überraschend an den verschiedensten Orten aufzutreten. Der Verdacht hat sich bereits auf bestimmte Personen zusammengezogen, die gegenwärtig auf das schärfste kontrolliert werden. Es ist weiterhin festgestellt, daß die Lüneburger Attentäter in Schleswig die gleiche Margarinereste zur Verpackung ihrer Höllemaschine benutzten wie in Lüneburg. Eingehende Nachforschungen in dem fraglichen Margarinerest haben ergeben, daß sich die Täter von einem Händler der Fabrik einen größeren Posten von Margarinerestpackungsstoffen beschafften, die dann gleichmäßig für die verschiedenen Anschläge benutzt worden sind. Die Gesamtuntersuchung aller Bombenanschläge wird jetzt zentral von den Berliner Untersuchungsbehörden aus geleitet.

#### Eine Spur!

Bei der Kriminalpolizei hat sich gestern dem „Berliner Tageblatt“ zufolge ein wichtiger Zeuge gemeldet, dessen Angaben für die weiteren Ermittlungen in der Bombenanschlagsaffäre von größter Wichtigkeit sein können. Dieser Mann hat in der fraglichen Nacht gegen zwei Uhr am Bismarck-Denkmal am Platz der Republik einen Personentraktor halten sehen, dem zwei jüngere Leute entstiegen. Diese gingen nach dem Reichstagsgebäude zu, lehrten aber schon in ganz kurzer Zeit zum Kraftwagen zurück und fuhren mit diesem in Richtung Lehrter Bahnhof davon. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Leute als Täter in Frage kommen. Eine genaue Beschreibung der Männer konnte der Zeuge jedoch nicht geben, da sich der ganze Vorfall in wenigen Minuten abgepielt hat.

### Stellt die „Führer“ in die vorderste Front

#### Der österreichische Bundeskanzler über staatlichen Unfrieden — staatliche Ordnung

Bundeskanzler Stresemann hielt vorgestern bei einer Fester des Völkerverbundes in Reunfingen (Niederösterreich) eine Ansprache, in der er, anknüpfend an den Ausgang des Weltkrieges, u. a. erklärte: Ein Volk, das nicht wehrhaft ist, kann kein starkes Volk sein; setzt es daran, so kommt der Niedergang und dann der innere Unfrieden. Und mitten in diesem Unfrieden befinden wir uns nun. Da kommen dann die Weisen vom Ausland und sagen: „Mäht ab und macht Ordnung unter euch!“ Man mäht erst die großen Worte und die großen Druckbuchstaben ab, damit Friede werden kann, aber auch voreilige unvollständige Urteile. Es sollte auch nicht geschehen, daß die Führer, die sich selbst in Sicherheit befinden, ihre Gedanken und Pläne durch das Volk auskämpfen lassen. Man sollte diejenigen, die um ihres Ehrgeizes willen ihre Brüder nach vorn schieben und selbst nur mit Worten streiten, immer in die erste Front stellen, damit sie mitkämpfen und zeigen, was sie vermögen. Sie würden bald bescheidener und ruhiger werden. Glau-

### 10. Völkerbundsversammlung

#### Die Eröffnungsfest

Vor vollem Hause und dicht besetzten Tribünen wurde gestern vormittag kurz nach 11 Uhr die zehnte Völkerbundsversammlung vom amtierenden Vizepräsidenten Yrugi Khan feierlich eröffnet. Der städtischen Versammlung gehören diesmal nicht weniger als 24 Außenminister und fünf Ministerpräsidenten an, darunter Briand und MacDonald, wiewohl letzterer bei der Begrüßung unter den Delegierten Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit war. Durch ihre Außenminister vertreten sind u. a. Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Polen, Griechenland, die Staaten der Kleinen Entente, ferner Holland, Finnland, Schweden, Schweiz, Ungarn und Bulgarien. Von Interesse ist auch das erstmalige Erscheinen eines Vertreters einer deutschen Minderheit in der Völkerbundsversammlung; es handelt sich um Dr. Schiemann, der der letzten Delegation als stellvertretender Delegierter angehört.

In der Eröffnungssprache behandelte der Präsident besonders die neuen Fortschritte in der Organisierung des Friedens. Sei auch nicht aller Anlaß zur Beunruhigung verschwunden, so dürfe man doch in wachsendem Maße die Hoffnung haben, daß die unablässigen Bemühungen für das internationale Einvernehmen ihre Früchte tragen. Mit dem Inkrafttreten des Kriegsschlichtungspaktes, um dessen Idee der Völkerbund in den zehn Jahren seines Bestehens gerungen habe, sei nunmehr der wichtige Grundsatz, die Gewalt auf jeden Fall aus den Beziehungen der Völker verschwinden und an ihre Stelle die souveräne Macht der Gerechtigkeit treten zu lassen, in ehernen Buchstaben über das internationale Recht eingeschrieben worden. Auch die Politik der Ausdehnung der Schiedsgerichtsbarkeit, richterlichen Regelung von internationalen Streitfällen werde erfreulicherweise durch die öffentliche Meinung der ganzen Welt unterstützt, wie auch die praktische Anwendung der schiedsrichterlichen Regelung immer mehr in Anspruch genommen werde. Für die Erzielung weiterer Fortschritte auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit seien die Ausfahrten seit Jahren nicht so günstig gewesen, wie jetzt. Die Vorarbeiten für die Lösung des Abrüstungsproblems hätten in der letzten Zeit eine sehr wertvolle Förderung erfahren und man habe heute die Gewissheit, daß in den meistinteressierten Ländern mit aufrichtigem Bemühen an der Erzielung einer Verständigung gearbeitet werde, die die Herabsetzung der Rüstungen zur See ermögliche und damit auch für den Völkerbund neue Möglichkeiten einer allgemeinen Lösung des Abrüstungsproblems eröffnen werde.

Sodann erinnerte der Präsident an die so hoffnungsvoll begonnenen Arbeiten des Völkerbundes auf wirtschaftlichem Gebiet, vor allem zur Erleichterung des internationalen Warenaustausches. Er schloß seine Ansprache mit einem Hinweis auf die bevorstehende feierliche Grundsteinlegung des Völkerbundsplatzes als Symbols des Zusammenschlusses der Völker und ihres brüderlichen Willens, geeinigt zu bleiben.

#### Die Beteiligung der Mächte an der Völkerbundsversammlung

Aus dem Bericht des Vollmachtenausschusses ergibt sich die Anwesenheit von 53 Delegationen, also der stärkste Besuch, den je eine Völkerbundsversammlung aufzuweisen hatte. Argentinien, das bekanntlich die erste Völkerbundsversammlung mitten in der Tagung wegen der grundsätzlichen Frage der möglichst raschen Verwirklichung der Universalität des Völkerbundes verließ und seitdem nicht mehr erschien, ist der einzige Völkerbundsstaat, der auch dieses Jahr der

Bundsversammlung fernbleibt. Bolivien, Honduras und Peru haben dagegen ihre Mitarbeit im Völkerbund wieder aufgenommen; Brasilien und Costa Rica sind bekanntlich vor zwei und drei Viertel Jahren endgültig aus dem Völkerbund ausgeschieden.

#### Guerrero

zum Präsidenten der 10. Völkerbundsversammlung gewählt

Die Wahlhandlung ergab die Wahl des langjährigen Völkerbundsdelegierten von San Salvador, Guerrero, der mit 43 von 51 Stimmen zum Präsidenten der Völkerbundsversammlung gewählt wurde. Die Wahl fand den lebhaftesten Beifall der Delegierten.

#### MacDonald

#### über Abrüstungsproblem

Der englische Premierminister MacDonald gab gestern nachmittag vor der internationalen Presse in Genf längere Erklärungen, deren Hauptinhalt das Abrüstungsproblem und die Fakultativklausel des Haager Statuts betrafen. Unter Hinweis auf die Entwicklung, die eine Reihe von Völkerbundsfragen seit 1924, seinem ersten Auftreten in Genf, erfahren haben, betonte MacDonald, wie sehr sich nach dem gescheiterten Versuch des sogenannten Genfer Protokolls in der Welt mehr und mehr die Ueberzeugung durchsetzt, daß besser als durch Millionenausgaben für Rüstungszwecke die Sicherheit sich durch ehrliche Verständigung unter den Völkern herbeiführen und festigen lasse. Verheißungsvolle Schritte für die Verwirklichung dieser Ueberzeugung seien überall vorhanden. Insbesondere trage der Kellogg-Pakt mit seiner feierlichen Verpflichtung, daß der Krieg und seine Vorbereitung nicht mehr zum Wesen der nationalen Politik der einzelnen Staaten gehöre, dazu bei, und die englische Regierung wolle daran mitarbeiten, ein solides Fundament für den Kellogg-Pakt zu errichten und damit die internationale Friedensmaschine zu vervollständigen. Der Völkerbund könne stark gerüstet und trotzdem schwach sein; geniesse er aber das Vertrauen der Völker, so würde er immer mehr eine internationale Macht darstellen. Und auf diesem Weg stelle der persönliche Kontakt unter den Staatsmännern, wie er regelmäßig in Genf erfolge und mehr und mehr an die Stelle des fast ausschließlichen und schleppenden Notenverkehrs der alten Diplomatie trete, einen unendlichen Gewinn dar. MacDonald kam dann auf seine Verhandlungen mit dem amerikanischen Botschafter in London, Dawes, zu sprechen, von denen er glaubt, daß sie zur Hoffnung auf eine Verständigung berechtigen. Man dürfe aber nicht annehmen, daß bei diesen Verhandlungen das Abrüstungsproblem als englisch-amerikanisches Problem behandelt werde. Hoover sowohl wie er seien bestrebt, das gesamte Abrüstungsproblem auch im Hinblick auf die übrigen Staaten zu berücksichtigen. In diesem Sinne wäre eine englisch-amerikanische Verständigung gleichzeitig eine Erleichterung für die Arbeiten des Völkerbundes, dessen Autorität und Wirksamkeit auf keinen Fall dadurch geschwächt werden würde. MacDonald erinnerte weiter an das entschlossene Eintreten der Arbeiterpartei für die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit. Der Beitritt Englands zur Fakultativklausel sei von höchster Wichtigkeit, wenn der Grundsatz der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit für Regelung von Streitfällen im internationalen Leben der Völker eine allgemeine Einrichtung werden soll.

ben Sie nicht demjenigen, der das meiste spricht und verspricht, sondern lernen Sie selbst prüfen, was echt und recht ist. Seien Sie treu Ihrem Volke.

#### Tod der Schwester des Reichspräsidenten

Die Schwester des Reichspräsidenten, Fräulein Ida v. Benndorff und Hindenburg, ist gestern vormittag nach einer Operation im Auguste-Viktoria-Krankenhaus in Potsdam gestorben. Fräulein von Hindenburg lebte als Stieftochter im Fräuleinstift in der Böhlerstraße. Sie stand vor der Vollendung des 78. Lebensjahres.

Reichspräsident von Hindenburg wird heute Dietramszell verlassen und sich nach Berlin zurückbegeben, um der Beerdigung seiner einzigen Schwester beizuwohnen. Eine Reise des Reichs-

präsidenten nach Friedrichshafen zur Rückkehr des „Graf Zeppelin“ wird unter diesen Umständen nicht in Betracht kommen.

Belleidstelegramm des Reichskanzlers an den Reichspräsidenten Namens der Reichsregierung hat der Reichskanzler dem Herrn Reichspräsidenten anlässlich des Hinscheidens seiner Schwester telegraphisch innige Anteilnahme ausgesprochen.

#### Belgische Räumungsbefehle

Der „Vorwärts“ meldet aus Brüssel: Amtlich wird mitgeteilt, daß in Durchführung der Haager Beschlüsse die belgischen Truppen im Rheinland zum Teil Mitte September und zum anderen Teil Anfang Oktober das Rheinland verlassen werden. Ende November dürfte die Räumung des deutschen Gebietes durch die belgischen Truppe vollzogen sein.